

Landessatzung der Partei Alternative für Deutschland Landesverband Bayern



- Fassung vom 11.05.2013 einschließlich der von der Mitgliederversammlung am 11.05. 2013 beschlossenen Änderungen -

Präambel

In ernster Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Bayern, Deutschland und in der Europäischen Union haben wir den Landesverband Bayern der Partei "Alternative für Deutschland" gegründet. Viele Menschen sind davon überzeugt, dass die Altparteien zu einer nachhaltigen, transparenten, bürgernahen, rechtsstaatlichen und demokratischen Politik nicht instande oder nicht willens sind. Wir formulieren Alternativen zu einer angeblich alternativlosen Politik. Dabei bejahen wir uneingeschränkt die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die im Grundgesetz und in den Römischen Verträgen angelegte friedliche Einigung Europas.

§ 1 Name und Sitz

- (1) Die Alternative für Deutschland (AfD) Bayern (Landesverband) ist der Gebietsverband der Alternative für Deutschland im Gebiet des Freistaats Bayern.
- (2) Die Kurzbezeichnung lautet „AfD Bayern“.
- (3) Der Sitz des Landesverbands ist Fürth in Bayern.
- (4) Diese Landessatzung gilt für alle Gliederungen des Landesverbandes Bayern der Alternative für Deutschland (AfD Bayern).

§ 2 Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Landesverbands sind auch Mitglieder der Bundespartei.
- (2) Die allgemeinen Voraussetzungen für den Erwerb der Mitgliedschaft bestimmen sich nach § 2 der Bundessatzung.
- (3) Die Mitglieder des Landesverbandes gehören den für ihren Wohnsitz zuständigen Untergliederungen der Partei an. Hat ein Mitglied mehrere Wohnsitze, so bestimmt es selbst, welcher Ort Wohnsitz gemäß Satz 1 ist.
- (4) Ein Mitglied kann nach den Voraussetzungen des § 4 Abs. 4 der Bundessatzung Mitglied in einer Untergliederung sein, in der das Mitglied keinen Wohnsitz hat. In Ausnahmefällen kann außerdem der Landesvorstand nach Anhörung der Vorstände der betroffenen Untergliederungen die Zugehörigkeit zu einer an sich unzuständigen Untergliederung zulassen.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft im Landesverband wird erworben gemäß § 4 der Bundessatzung der Alternative für Deutschland
 - a) durch Aufnahme nach schriftlichem oder elektronischem Aufnahmeantrag;
 - b) durch Überweisung von einem anderen Landesverband oder einer Auslandsgruppe. Mit der Übergabe des Aufnahmeantrags erkennt der Bewerber diese Satzung und die Bundessatzung an.
- (2) Die Mitgliedschaft beginnt nach Annahme des Aufnahmeantrages mit der Entrichtung des ersten Mitgliedsbeitrages, Erteilung einer Einzugsermächtigung oder eines Lastschriftauftrages.
- (3) Die Aufnahme ist beim zuständigen Kreisverband zu beantragen. Besteht am Wohnsitz des Bewerbers kein Kreisverband, so ist der Antrag an den Bezirksverband zu richten.
- (4) Die Aufnahme oder Ablehnung eines neuen Mitglieds durch den Kreisverband ist dem Bezirksverband binnen zwei Wochen anzuzeigen. Der Bezirksverband ist verpflichtet, dem Landesverband die Neuaufnahmen zum Monatsschluss mitzuteilen. Der Landesvorstand hat das Recht, der Aufnahme binnen drei Monaten nach der Mitteilung zu widersprechen. Gegen diesen Widerspruch steht dem aufnehmenden Kreisverband das Recht zur Anrufung des Landesschiedsgerichts zu, die innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung über den Widerspruch beim Kreisvorstand zu erfolgen hat. Mit Ablauf dieser Frist ohne Anrufung des Landesschiedsgerichts erlischt die Mitgliedschaft des Betroffenen.

§4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Rechte und Pflichten der Mitglieder regelt § 5 der Bundessatzung.
- (2) Wer ein Parteiamt oder als Repräsentant der Partei ein öffentliches Amt übernimmt, ist verpflichtet, es gewissenhaft zu führen und über seine Amtsführung auf Verlangen des Wahlgremiums Rechenschaft zu geben.
- (3) Mitglieder richterlicher Instanzen der Partei sind auch nach Beendigung ihres Amtes zur Verschwiegenheit über die ihnen in Ausübung des Amtes anvertrauten Tatsachen und über die Beratung auch gegenüber Parteimitgliedern verpflichtet.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Beitritt zu einer anderen, mit der AfD im Wettbewerb stehenden Partei, durch den Beitritt zu einer anderen, mit einer AfD-Fraktion oder parlamentarischen Gruppe der AfD in

Wettstreit stehenden Fraktion oder parlamentarischen Gruppe, durch Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts, durch Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern, dem Ausschluss aus der Partei, durch Unterlassung der Beitragszahlung gemäß §7 der Bundessatzung.

- (2) Die Austrittserklärung erfolgt schriftlich oder in elektronischer Form. Der Austritt ist jederzeit möglich. Die Austrittserklärung ist an den zuständigen Kreisverband zu richten. Besteht am Wohnsitz des Austrittswilligen kein Kreisverband, so ist die Austrittserklärung an den zuständigen Bezirksverband zu richten. Das Mitglied erhält eine Bestätigung des Austritts in schriftlicher oder elektronischer Form.
- (3) Der Kreisverband hat den Austritt unverzüglich dem Bezirksvorstand zu melden, der Bezirksvorstand meldet die Austritte unverzüglich schriftlich oder elektronisch dem Landesverband. Bei diesen Meldungen sind die Gründe für die Beendigung der Mitgliedschaft (Abs. (1)) anzugeben.
- (4) Ein Anspruch auf Rückzahlung von Beiträgen besteht nicht.

§ 6 Ordnungsmaßnahmen

- (1) Über Ordnungsmaßnahmen, ausgenommen des in Absatz 5 gesondert geregelten Falles, entscheidet das Landesschiedsgericht gemäß Schiedsgerichtsordnung, wenn diese Satzung keine andere Regelung enthält.
- (2) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen Grundsätze oder die Ordnung der Partei und/oder fügt ihr Schaden zu, können auf Antrag eines zuständigen Gebietsvorstandes oder des Landesvorstandes folgende Ordnungsmaßnahmen verhängt werden:
 - a) Verwarnung,
 - b) Verweis aus der Versammlung,
 - c) Enthebung von einem Parteiamt,
 - d) Aberkennung der Fähigkeit, ein bestimmtes Parteiamt zu bekleiden, bis zur Höchstdauer von zwei Jahren,
 - e) ParteiausschlussDiese Maßnahmen können auch nebeneinander verhängt werden.
- (3) Mit Ausnahme der Verwarnung setzen Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 vorsätzliche und erhebliche Verstöße gegen die Satzung oder gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei und einen schweren Schaden voraus. Die ergriffene Ordnungsmaßnahme muss zu dem Verstoß und/oder Schaden in angemessenem Verhältnis stehen. Als Schaden zählt auch ein Ansehensverlust der Partei.

- (4) Ordnungsmaßnahmen dürfen jedoch nicht zum Zwecke der Disziplinierung von Mitgliedern und/oder zur Einschränkung der innerparteilichen Demokratie ergriffen werden.
- (5) In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der zuständige Gebietsvorstand oder der Landesvorstand ein Mitglied seiner Parteiämter entheben und/oder von der Ausübung seiner Mitgliederrechte bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts ausschließen. Der Vorstand hat in diesem Fall gleichzeitig den Parteiausschluss beim Landesschiedsgericht zu beantragen. Wird die Maßnahme nicht innerhalb von drei Monaten vom zuständigen Schiedsgericht bestätigt, tritt sie mit Ablauf dieser Frist außer Kraft.
- (6) Gegenüber einem Mitglied des Landesvorstandes kann die Maßnahme nur vom Landesvorstand ausgesprochen werden.
- (7) Verstößt ein Gebietsverband schwerwiegend gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Alternative für Deutschland, sind folgende Ordnungsmaßnahmen gegen nachgeordnete Gebietsverbände möglich: Auflösung, Ausschluss oder Amtsenthebung des Vorstandes nachgeordneter Gebietsverbände.
- (8) Als schwerwiegender Verstoß gegen die Ordnung und die Grundsätze der Partei ist es zu werten, wenn die Gebietsverbände die Bestimmungen der Satzungen von Partei und Landesverband wiederholt missachten, Beschlüsse übergeordneter Parteiorgane nicht durchführen oder in wesentlichen Fragen gegen die politische Zielsetzung der Partei handeln.
- (9) Die Ordnungsmaßnahmen werden vom Vorstand eines höheren Gebietsverbandes verhängt.
- (10) Die Mitgliederversammlung des die Ordnungsmaßnahme treffenden Gebietsverbandes hat die Ordnungsmaßnahme am nächsten Parteitag mit einfacher Mehrheit zu bestätigen, ansonsten tritt die Maßnahme außer Kraft. Gegen die Ordnungsmaßnahme ist die Anrufung des Landesschiedsgerichts zuzulassen.
- (11) Das Schiedsgericht kann statt der verhängten auch eine mildere Ordnungsmaßnahme aussprechen.
- (12) Gegen die Entscheidung des Landesschiedsgerichts ist die Berufung zum Bundesschiedsgericht gegeben.
- (13) Die parlamentarischen Gruppen der Partei sind gehalten, ein rechtskräftig ausgeschlossenes oder ausgetretenes Mitglied aus ihrer Gruppe auszuschließen.

§ 7 Gliederung

- (1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände, die deckungsgleich mit den politischen Grenzen der Regierungsbezirke, Kreise, kreisfreien Städte, Stadtteile und Gemeinden sind.
- (2) Der Name der Gliederung ist Alternative für Deutschland sowie angehängt der Name der Gliederung. Die Kurzbezeichnung ist AfD sowie angehängt der Name der Gliederung.
- (3) Der Sitz der Gliederung liegt am Wohnort des Vorsitzenden der Gliederung, sofern keine Geschäftsstelle der Gliederung existiert. Existiert eine Geschäftsstelle der Gliederung, so liegt der Sitz der Gliederung an diesem Ort.
- (4) Die Organe der Gliederungen sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand der Gliederung und das Landesschiedsgericht.
- (5) Für schiedsgerichtliche Angelegenheiten der Gliederungen ist das Landesschiedsgericht zuständig.
- (6) Der Vorstand einer Gliederung ist für maximal zwei Kalenderjahre im Amt und besteht aus mindestens einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und einem Schatzmeister.
- (7) Die Zuständigkeit der Gliederung bezieht sich insbesondere auf die politische Arbeit auf der kommunalen / regionalen Ebene der Gliederung, die Entscheidung zur Teilnahme an Wahlen auf Ebene der entsprechenden Gliederung obliegt der entsprechenden Gliederung.

§ 8 Vorstand der Gliederung

- (1) Der Vorstand der Gliederung besteht aus mindestens einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter sowie dem Schatzmeister. Der Vorstand kann beliebig erweitert werden. Über die Anzahl und Zusammensetzung entscheidet der Parteitag der Gliederung unmittelbar vor der Wahl des Vorstands der Gliederung.
- (2) Der Vorstand vertritt die Partei für alle Belange der kommunalen / regionalen Ebene der Gliederung nach innen und außen. Er führt die Geschäfte auf Grundlage der Beschlüsse der Parteiorgane.
- (3) Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit; er ist beschlussfähig, wenn mindestens der Vorsitzende oder ein Stellvertreter und mehr als die Hälfte der übrigen Mitglieder des Vorstandes an der Abstimmung teilnehmen. Die Abstimmung kann auch schriftlich oder elektronisch im Umlaufverfahren durchgeführt werden. Rechtsgeschäftliche Verpflichtungen des Verbands dürfen von dem Vorstand nur im Rahmen liquider Mittel und – sofern ein solcher beschlossen wurde – eines von der Mitgliederversamm-

lung der Gliederung genehmigten Wirtschaftsplanes eingegangen werden. Abstimmungen und ihr Ergebnis sind zu dokumentieren.

- (4) Die Mitglieder des Vorstands der Gliederung werden von der Mitgliederversammlung der Gliederung in geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Der Vorstand der Gliederung bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorstands der Gliederung im Amt.
- (5) Zum Mitglied des Vorstandes der Gliederung können auch Abwesende gewählt werden, wenn sie vor der Wahl gegenüber dem Vorstand schriftlich oder per Mail ihre Kandidatur und die Annahme der Wahl erklärt haben.
- (6) Ist eine Nachwahl aufgrund vorzeitigem Ausscheiden oder Abwahl erforderlich, erfolgt diese nur für den Rest der laufenden Amtszeit. Die Mitglieder des Vorstandes der Gliederung führen bei abgelaufener Amtszeit bis zur Neuwahl des Vorstandes der Gliederung die Geschäfte kommissarisch weiter.
- (7) Die Mitgliederversammlung kann mit einfacher Mehrheit den Vorstand der Gliederung oder einzelne seiner Mitglieder abwählen, sofern mindestens 1/3 der Mitglieder anwesend sind.
- (8) Weitere Mitglieder können vom Vorstand der Gliederung als Berater ohne Stimmrecht kooptiert werden. Automatisch kooptiert sind Fraktionsvorsitzende der AfD im Parlament der Gliederung, sowie Mitglieder in Landes- und Bundesvorstand der AfD, die der Gliederung angehören.

§ 9 Die Mitgliederversammlung der Gliederung

- (1) Die Mitgliederversammlung einer Gliederung (Mitgliederversammlung) ist das oberste Organ der Gliederung. Sie ist mindestens einmal jährlich einzuberufen.
- (2) Die Mitgliederversammlung findet grundsätzlich als Mitgliederversammlung statt. Stimmberechtigt sind nur Mitglieder, die sich mit ihrem Mitgliedsbeitrag nicht im Rückstand befinden.
- (3) Ab 500 Mitgliedern kann die Mitgliederversammlung als Delegiertenversammlung mit der nachfolgenden Zusammensetzung einberufen werden.
 - a) Die Mitglieder des Vorstandes der Gliederung sind kraft Satzung Mitglieder der Mitgliederversammlung. Sie sind dabei gemäß § 9 Absatz 2 Parteiengesetz nur bis zu einem Fünftel der satzungsgemäßen Gesamtzahl der Versammlungsmitglieder mit Stimmrecht ausgestattet.
 - b) Die nächste Untergliederung entsendet je einen stimmberechtigten Delegierten je zehn Mitglieder, mindestens jedoch zwei Delegierte. Es ist auf den Mitgliederbestand zwei Monate vor der Mitgliederversammlung abzustellen.

- (4) Die Delegierten werden von den Mitgliedern der nächsten Untergliederung in gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl für jeweils ein Jahr gewählt und müssen selbst Mitglied der Partei sein. Die Wahl kann mittels eines beschleunigten Wahlverfahrens in einem Wahlgang erfolgen, sofern die für die Aufstellung der Delegiertenliste zuständige Mitgliederversammlung dies mehrheitlich beschließt.
- (5) Delegierte sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.
- (6) Aufgaben der Mitgliederversammlung sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen der Gliederung sowie über die Tagesordnung der Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über das Parteiprogramm der Gliederung. Darüber hinaus ist die Mitgliederversammlung befugt, jegliche Entscheidungskompetenz an sich zu ziehen und auch dem Vorstand der Gliederung Weisungen zu erteilen.
- (7) Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand der Gliederung, außerdem die Rechnungsprüfer der Gliederung und ihre jeweiligen Stellvertreter. Diese Wahlen finden gleich, geheim und unmittelbar spätestens nach zwei Jahren statt, Rechnungsprüfer können auch in offener Abstimmung gewählt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt. Die Briefwahl ist nicht möglich.
- (8) Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der tatsächlich erschienenen Mitglieder / Delegierten stimmbefähig. Sie trifft ihre Entscheidungen mit einfacher Mehrheit, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.
- (9) Die Mitgliederversammlung nimmt jährlich den Tätigkeitsbericht des Gliederungsvorstands entgegen. Der Tätigkeitsbericht wird allen Mitgliedern zugänglich gemacht.
- (10) Eine Mitgliederversammlung wird vom Gliederungsvorstand unter Mitteilung der vorläufigen Tagesordnung und des Tagungsortes mit einer Frist von zwei Wochen an die Mitglieder / Delegierten einberufen. Eine Einladung per E-Mail ist möglich. Soweit vorhanden sind Unterlagen, die die vorläufigen Tagesordnungspunkte erläutern, mit zu versenden. Im Falle einer Verlegung sowie Änderung oder Ergänzung der vorläufigen Tagesordnung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von einer Woche gewahrt werden. Bei der Gründung einer Gliederung erfolgt die Einladung durch eine übergeordnete Gliederung und es bestehen keine Fristen.
- (11) Die Mitgliederversammlung wird durch einen Vertreter des Vorstandes der Gliederung eröffnet. Seine Aufgabe besteht ausschließlich darin, die Wahl einer Versammlungsleitung durchzuführen.

- (12) Nach der Wahl des Versammlungsleiters beschließt die Mitgliederversammlung über die endgültige Tagesordnung. Themen, die sich aus der laufenden Diskussion auf der Mitgliederversammlung ergeben und über deren Aufnahme in die Tagesordnung nicht bereits vorher entschieden worden ist, können als Ergänzungsanträge zur Tagesordnung eingebracht und behandelt werden, wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder/Delegierten dem Ergänzungsantrag zustimmt.
- (13) Die Mitgliederversammlung und ihre Beschlüsse werden durch eine vom Vorstand der Gliederung ernannte Person protokolliert. Dieses Protokoll ist den Mitgliedern innerhalb von vier Wochen zugänglich zu machen.
- (14) Koalitionsvereinbarungen der Gliederung bedürfen der Zustimmung der Mitgliederversammlung dieser Gliederung. Hierzu hat der Vorstand der Gliederung vor einer etwaigen Regierungsbeteiligung auf Gliederungsebene eine Mitgliederversammlung einzuberufen.

§ 10 Organe des Landesverbands

Organe sind der Landesvorstand, der Landesparteitag und das Landesschiedsgericht.

§ 11 Der Landesvorstand

- (1) Der Landesvorstand besteht aus einem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, dem Schatzmeister, einem stellvertretenden Schatzmeister, einem Schriftführer und einem stellvertretenden Schriftführer. Er darf gemäß den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland nicht mehrheitlich mit ausländischen Bürgern besetzt werden.
- (2) Der Landesvorstand vertritt die Partei nach innen und außen. Er führt die Geschäfte auf Grundlage der Beschlüsse der Parteiorgane. Der Landesvorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit; er ist beschlussfähig, wenn mindestens der Vorsitzende oder ein Stellvertreter und mehr als die Hälfte der übrigen Mitglieder des Landesvorstandes an der Abstimmung teilnehmen. Die Abstimmung kann auch schriftlich oder elektronisch im Umlaufverfahren durchgeführt werden.
- (3) Rechtsgeschäftliche Verpflichtungen des Landesverbands dürfen von dem Landesvorstand nur im Rahmen liquider Mittel und – sofern ein solcher beschlossen wurde – eines vom Landesparteitag genehmigten Wirtschaftsplanes eingegangen werden. Abstimmungen und ihr Ergebnis sind zu dokumentieren.
- (4) Der Landesvorsitzende repräsentiert den Landesverband. Der Landesvorsitzende ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Er vertritt den Landesverband

- gerichtlich und außergerichtlich. Im Falle seiner Verhinderung betraut er einen der stellvertretenden Landesvorsitzenden mit seiner Vertretung; die Verhinderung braucht nicht nachgewiesen zu werden.
- (5) Der Landesparteitag kann mit einfacher Mehrheit den Landesvorstand oder einzelne seiner Mitglieder abwählen.
 - (6) Die Mitglieder des Landesvorstandes werden vom Landesparteitag in geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Der Landesvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Landesvorstands im Amt.
 - (7) Zum Mitglied des Landesvorstandes können auch Abwesende gewählt werden, wenn sie vor der Wahl gegenüber dem Landesvorstand schriftlich oder per Mail ihre Kandidatur und die Annahme der Wahl erklärt haben.
 - (8) Ist eine Nachwahl aufgrund vorzeitigem Ausscheiden oder Abwahl erforderlich, erfolgt diese nur für den Rest der laufenden Amtszeit. Die Mitglieder des Landesvorstandes führen bei abgelaufener Amtszeit bis zur Neuwahl des Landesvorstandes die Geschäfte kommissarisch weiter.
 - (9) Der Landesvorstand kann zur Vollziehung seiner Beschlüsse und für die allgemeine Verwaltung des Landesverbands einen Geschäftsführer ernennen. Dieser muss nicht Mitglied des Landesvorstandes sein. Ist der Geschäftsführer kein gewähltes Mitglied des Landesvorstandes, hat er in ihm kein Stimmrecht.
 - (10) Weitere Mitglieder können vom Landesvorstand als Berater ohne Stimmrecht kooptiert werden. Automatisch kooptiert sind der Fraktionsvorsitzende der AfD im bayerischen Landtag, gewählte Mitglieder des Bundesvorstands der Alternative für Deutschland, die dem Landesverband angehören sowie die Vorsitzenden der Bezirke.
 - (11) Mitglieder des Landesvorstandes müssen von ihnen ausgeübte bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten in Aufsichtsräten, Verbänden und Vereinen oder von ihnen abgeschlossene Beraterverträge gegenüber dem Landesparteitag offenlegen, sofern dem standesrechtliche Regelungen nicht entgegenstehen.

§ 12 Der Landesparteitag

- (1) Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbands. Er ist als ordentlicher Landesparteitag mindestens einmal jährlich oder als außerordentlicher Landesparteitag einzuberufen.
- (2) Der Landesparteitag findet grundsätzlich als Mitgliederversammlung statt. Stimmberechtigt sind nur Mitglieder, die sich mit ihrem Mitgliedsbeitrag nicht im Rückstand befinden.

- (3) Ab 1.500 Mitgliedern kann der Landesparteitag als Delegiertenparteitag mit der nachfolgenden Zusammensetzung einberufen werden.
 - a) Die Mitglieder des Landesvorstandes sind kraft Satzung Mitglieder des Landesparteitages. Sie sind dabei gemäß § 9 Absatz 2 Parteiengesetz nur bis zu einem Fünftel der satzungsgemäßen Gesamtzahl der Versammlungsmitglieder mit Stimmrecht ausgestattet.
 - b) Die Bezirksverbände entsenden einen stimmberechtigten Delegierten je 20 Mitglieder, mindestens jedoch zwei Delegierte. Es ist auf den Mitgliederbestand zwei Monate vor dem Landesparteitag abzustellen.
- (4) Die Delegierten werden von den Mitgliedern der Bezirksverbände in gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl für jeweils ein Jahr gewählt und müssen selbst Mitglied der Partei sein. Die Wahl kann nach dem Präferenzwahlverfahren (Schulze-Methode) in einem Wahlgang erfolgen, sofern die für die Aufstellung der Delegiertenliste zuständige Mitgliederversammlung dies mehrheitlich beschließt.
- (5) Die Delegierten sind dem Landesvorstand von den jeweiligen Bezirksverbänden mit einer Frist von drei Wochen zum Datum des Landesparteitags mitzuteilen. Bei Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitages kann die Frist auf angemessene Weise gekürzt werden.
- (6) Delegierte sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.
- (7) Aufgaben des Landesparteitages sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen des Landesverbandes sowie über die Tagesordnung des Landesparteitages. Der Landesparteitag beschließt insbesondere über das Parteiprogramm, die Landesatzung, die Auflösung des Landesverbandes sowie die Verschmelzung mit anderen Parteien. Darüber hinaus ist der Landesparteitag befugt, jegliche Entscheidungskompetenz an sich zu ziehen und auch dem Vorstand Weisungen zu erteilen.
- (8) Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand, außerdem das Landesschiedsgericht, die Rechnungsprüfer und ihre jeweiligen Stellvertreter. Diese Wahlen finden gleich, geheim und unmittelbar spätestens nach zwei Jahren statt, Rechnungsprüfer können auch in offener Abstimmung gewählt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt. Die Briefwahl ist nicht möglich.
- (9) Der Landesparteitag ist unabhängig von der Zahl der tatsächlich erschienenen Mitglieder/Delegierten stimmfähig. Er trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.
- (10) Entscheidungen über Satzungsänderungen bedürfen einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nur abgestimmt

- werden, wenn er mindestens drei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen ist und dies im Wortlaut von fünf Mitgliedern beantragt wurde.
- (11) Entscheidungen über Auflösung des Landesverbands und Verschmelzung mit einer anderen Partei bedürfen einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen.
 - (12) Ein Beschluss über Auflösung des Landesverbands oder Verschmelzung muss durch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern bestätigt werden.
 - (13) Über einen Antrag auf Auflösung oder Verschmelzung kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens vier Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen ist.
 - (14) Ein Beschluss über die Auflösung oder Verschmelzung des Landesverbands bedarf zur Rechtskraft der Zustimmung eines Bundesparteitages.
 - (15) Der Landesvorstand liefert einmal jährlich zum ordentlichen Parteitag einen schriftlichen Tätigkeitsbericht ab, wobei jedes Vorstandsmitglied den Report seiner Tätigkeiten in Einzelverantwortung erstellt.
 - (16) Ein ordentlicher Landesparteitag wird vom Landesvorstand unter Mitteilung der Tagesordnung und des Tagungsortes mit einer Frist von drei Wochen an die Mitglieder/Delegierten einberufen. Eine Einladung per E-Mail ist möglich. Soweit vorhanden, sind Unterlagen, die die Tagesordnungspunkte erläutern, mit zu versenden. Im Falle einer Verlegung sowie Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von zwei Wochen gewahrt werden.
 - (17) Mitglieder/Delegierte können innerhalb einer Frist von sieben Tagen nach Zugang der Einladung eine Ergänzung/Änderung der Tagesordnung bei dem Landesvorstand schriftlich oder per E-Mail beantragen. Dem Antrag ist eine Begründung beizufügen, welche den Mitgliedern / Delegierten mit einer Frist von einer Woche vor dem Landesparteitag mitzuteilen ist. Der Landesvorstand kann dem Antrag auf Änderung / Ergänzung der Tagesordnung eine eigene Stellungnahme / Empfehlung beifügen.
 - (18) Außerordentliche Landesparteitage müssen durch den Landesvorstand unverzüglich einberufen werden, wenn dies schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt wird:
 - a) durch Beschlüsse von mindestens vier Bezirksverbänden, oder
 - b) durch Beschluss des Landesvorstandes.
 - c) Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen; sie kann in besonders eilbedürftigen Fällen bis auf fünf Tage verkürzt werden.
 - (19) Zwischen zwei außerordentlichen Landesparteitagen muss ein Mindestzeitraum von sechs Monaten liegen, es sei denn, der Landesvorstand beschließt einen kürzeren zeitlichen Abstand.

- (20) Der Landesparteitag wird durch einen Vertreter des Landesvorstandes eröffnet. Seine Aufgabe besteht ausschließlich darin, die Wahl einer Versammlungsleitung durchzuführen.
- (21) Nach der Wahl des Versammlungsleiters beschließt der Landesparteitag über die endgültige Tagesordnung. Themen, die sich aus der laufenden Diskussion auf dem Landesparteitag ergeben und über deren Aufnahme in die Tagesordnung nicht bereits vorher entschieden worden ist, können als Ergänzungsanträge zur Tagesordnung eingebracht und behandelt werden, wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder/Delegierten dem Ergänzungsantrag zustimmt.
- (22) Der Landesparteitag und seine Beschlüsse werden durch eine vom Landesvorstand ernannte Person protokolliert. Dieses Protokoll ist den Mitgliedern innerhalb von vier Wochen zugänglich zu machen.
- (23) Koalitionsvereinbarungen bedürfen der Zustimmung des Landesparteitages. Hierzu hat der Landesvorstand vor einer etwaigen Regierungsbeteiligung auf Landesebene einen Landesparteitag einzuberufen.

§ 13 Landesschiedsgericht

- (1) Es wird ein Landesschiedsgericht gebildet, das aus drei Schiedsrichtern und zwei Ersatzschiedsrichtern besteht. Die Amtszeit des Schiedsgerichts beträgt zwei Jahre.
- (2) Es gilt die Bundesschiedsgerichtsordnung der Alternative für Deutschland.

§14 Urabstimmung

- (1) Über alle Fragen der Politik des Landesverbands, insbesondere auch des Programms, kann urabgestimmt werden. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Partei.
- (2) Die Urabstimmung findet statt auf Antrag
 - a) von zehn von Hundert der Mitglieder, wobei diejenigen Mitglieder nicht berücksichtigt werden, die zum Zeitpunkt der Antragstellung mit ihren Mitgliedsbeiträgen im Rückstand sind, oder
 - b) von fünfzehn Kreisverbänden oder von drei Bezirksverbänden oder des Landesparteitages.
 - c) Die Antragsteller legen durch die Antragsschrift den Inhalt der Urabstimmung fest.
- (3) Der Landesvorstand ist für die Durchführung der Urabstimmung verantwortlich. Das Nähere wird in Ausführungsbestimmungen geregelt, die der Landesvorstand erlässt.
- (4) Die Kosten der Urabstimmung trägt der Landesverband.

- (5) Der Landesvorstand übernimmt für Urabstimmungsinitiativen die Aufgabe, im Rahmen der regelmäßigen Verteiler der Partei die Mitglieder zu informieren.
- (6) Ein einmal urabgestimmter Inhalt kann erst nach Ablauf von zwei Jahren erneut Gegenstand eines Urabstimmungsverfahrens sein.

§ 15 Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen

- (1) Für die Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen gelten die Bestimmungen der Wahlgesetze und der Satzungen der Bundespartei und des Landesverbands.
- (2) Als Kandidat gewählt werden können auch Abwesende, wenn sie vor der Wahl gegenüber dem für die Durchführung des Parteitages zuständigen Vorstand schriftlich oder per Mail ihre Kandidatur und die Annahme der Wahl erklärt haben.
- (3) Wahllisten können mittels eines beschleunigten Wahlverfahrens in einem Wahlgang beschlossen werden, sofern der für die Aufstellung der Kandidaten-Liste zuständige Parteitag dies mehrheitlich so entscheidet.

§ 16 Salvatorische Klausel, Inkrafttreten

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen nicht berührt.
- (2) Weitere Bestandteile der Landessatzung sind die Finanzordnung und die Geschäftsordnung.
- (3) Die Satzung tritt mit Beschluss des Landesparteitages am 11.05.2013 in Kraft und ersetzt die auf der Landesvorstandssitzung vom 06.04.2013 beschlossene Satzung.